

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

## Neue Akzente in der Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Holthus, Manfred (1982) : Neue Akzente in der Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 12, pp. 580-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135743>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Manfred Holthus

## Neue Akzente in der Entwicklungspolitik

Der erste Amtschef des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), der spätere Bundespräsident Walter Scheel, hat einmal mit ironischen Bemerkungen darauf hingewiesen, wie schwer es ist, sich und seine Partei mit dieser Würde zu profilieren. Scheels jetziger Nachfolger im BMZ, Jürgen Warnke (CSU), bekommt nun offenbar auch zu spüren, worauf er sich eingelassen hat. Die durch das Neuwahlversprechen (zunächst) recht kurz bemessene Amtszeit zwingt ihn dazu, auch in der Entwicklungspolitik frühzeitig neue Akzente zu setzen.

Noch ist nicht mit letzter Sicherheit klar, in welcher Weise die neue Bundesregierung die Entwicklungspolitik umzugestalten gedenkt, aber erste Umrisse des Konzepts sind bereits erkennbar.

Da ist zunächst die vorsichtig geäußerte Absicht, stärker als bisher politische Aspekte bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen. Mit Kürzungen oder Entzug der Hilfe müssen jene Regierungen rechnen, die sich krasser Menschenrechtsverletzungen schuldig machen und/oder de-

ren Rüstungsausgaben einen hohen Anteil am Sozialprodukt erreichen und für kriegerische Auseinandersetzungen verwendet werden. Außerdem sollen die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung nicht den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen.

Die Absicht, die Vergabe von Hilfsmitteln von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen, sind ehrenwert und auch plausibel. Eindeutig durchzuhalten ist diese Linie allerdings kaum. Minister Warnke hat das wohl auch – das sei der Gerechtigkeit halber gesagt – geahnt, als er von „krasser“ Menschenrechtsverletzung sprach und darauf hinwies, daß die Auffassung von amnesty international hier wohl kaum Kriterium sein könne. Die Entwicklungspolitik wird jedoch durch die in diesen Aussagen enthaltene Subjektivität nicht – wie es das erklärte Ziel des Ministers ist – von Ideologie befreit, sondern eher erneut damit befrachtet.

Ebensowenig eindeutig ist das Kriterium der Militärausgaben, und zwar insbesondere dann, wenn Mittel- und Südamerika neben Afrika zu einer bevorzugten Region erklärt werden sollen. Nicaragua einerseits und El Salvador andererseits bieten hier gute Beispiele für Widersprüchlichkeit.

Eindeutiger wird die Richtung allerdings durch die Bedingung, daß die Interessen der USA nicht unterlaufen werden sollen. Folgt die Bundesrepublik als drittgrößtes Geberland öffentlicher Hilfe der derzeitigen amerikanischen Auffassung, so wird die Ost-West-Auseinandersetzung noch stärker als bisher in die Nord-Süd-Problematik hineingetragen. Es ist nicht sicher, ob ein solcher entwicklungspolitischer Wandel den langfristigen Interessen der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Die Befrachtung der Entwicklungspolitik mit dem Ballast des

Ost-West-Konfliktes treibt mit einiger Sicherheit manche Länder weiter in die Arme unseres politischen Gegners mit der Folge auch der weiteren ökonomischen Abkopplung. Die Bundesrepublik begibt sich der Chance, durch Leistung und Festhalten an ökonomischen Prinzipien in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Überlegenheit unseres Systems zu demonstrieren. Darüber hinaus gibt es mit Ägypten und Somalia immerhin Staaten, die nicht zuletzt auch durch eine Entwicklungspolitik, die von politischen Auffassungsunterschieden abstrahierte, außen- und sicherheitspolitisch für den Westen zurückgewonnen wurden.

Die neuen politischen Akzente der deutschen Entwicklungspolitik erweisen sich also bei näherer Betrachtung als recht risikoreich. Der neue Minister wäre daher gut beraten, wenn er sich mehr auf die ökonomischen Aspekte der Entwicklungspolitik konzentrierte. Stichworte hierzu sind vom neuen Minister bereits aufgeworfen worden. Zwar ist die angestrebte stärkere Berücksichtigung von Projekten mit hohem deutschen Lieferanteil möglicherweise nur dann erforderlich, wenn es nicht gelingt, den protektionistischen Bestrebungen in den anderen Geberländern Einhalt zu gebieten. Unvermeidbar ist es allerdings, mehr Eigenanstrengungen der Nehmerländer zu fordern und durchzusetzen. Höhere Eigenleistungen setzen voraus, daß durch entsprechende Zins- und Wechselkurskorrekturen Faktorpreisverzerrungen vermieden werden. Nur dann kann die erforderliche Effizienz der knapper werdenden Mittel zur Entwicklungshilfe gewährleistet werden. Nur dann kann erwartet werden, daß hinreichend privates Kredit- und Risikokapital die öffentlichen Mittel ergänzt. Richtet der Minister seinen Ehrgeiz auf diese Zusammenhänge, wird er sich auch profilieren können.